

**Rede von Bürgermeister Dieter Freytag zum Schweigegang
am 9. November 2024, 18.00 Uhr, Leamington-Spa-Platz (von Dr. Höbsch)**

Liebe Brühlerinnen und Brühler,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch in diesem Jahr sind wir hier zusammenkommen, um – wie jedes Jahr am 9. November – der Opfer der Nazi-Terrorherrschaft zu gedenken. Zu den mehr als sechs Millionen Deportierten und Ermordeten gehörten 65 Brühlerinnen und Brühler – eine jede und ein jeder eine Person mit eigener Geschichte, die Älteste der 1942 in die Vernichtungslager Verschleppten war 89 Jahre, der Jüngste erst zwölf Jahre alt. Lebensentwürfe und Lebenserwartungen wurden auf grausame Weise abrupt vernichtet.

Wir erinnern an die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte, als Millionen Menschen Opfer eines kaltblütig geplanten Vernichtungsmechanismus wurden in einer Zeit, in der der Antisemitismus in Deutschland in beängstigender Weise zunimmt. Die kürzlich veröffentlichte repräsentative Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“ fördert beängstigende Erkenntnisse zutage:

- ein Viertel stimmt der offenen Version der Verschwörungstheorie vom übermäßigen Einfluss „der Juden“ zu, sie glauben, dass an den Falschmeldungen über Juden „etwas dran“ sei,
- 47% fordern, einen „Schlussstrich unter die Vergangenheit“ des Holocausts zu ziehen.

Der 9. und 10. November sind die Tage, an denen vor 86 Jahren in Deutschland Synagogen in Brand gesteckt wurden, am 10. November auch in Brühl. Jüdinnen und Juden wurden gedemütigt, drangsaliert und misshandelt. Ihre Geschäfte und Wohnungseinrichtungen wurden verwüstet. In Deutschland wurden Tausende verhaftet. Das alles ist bekannt und doch: Wir müssen die Erinnerung daran wachhalten.

Antisemitismus war alltäglich auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Gewalt gegen Jüdinnen und Juden wurde, ohne strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen, Tag für Tag verübt. Eines von zahlreichen Beispielen erzählt Günther Bähr. Sein Bruder, 14 Jahre alt, spielte zur Zeit der Nazi Herrschaft im Brühler Park. Man muss wissen, dass zu dieser Zeit der Zutritt zum Brühler Schlosspark Juden verboten war. Ein Aufseher hetzte auf den Bruder einen Hund, der ihn in den Oberschenkel biss. Bei der Vernehmung auf der Polizeiwache antwortet der Aufseher auf die Frage, was passiert sei: „Der Hund hat gerochen, dass das ein Jüdd‘ war.“

Nicht erst in den Novemberpogromen 1938, vielmehr ab 1933 wurde die Gewalt des NS-Regimes mit dem Willen zur Vernichtung von Jüdinnen und Juden offenkundig. Mit den Novemberpogromen 1938 begann die völlige Eliminierung von Jüdinnen und Juden aus dem gesellschaftlichen Leben. Zunehmend wurden sie ausgegrenzt, mit Berufsverboten belegt, geächtet durch Schilder mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden!“, ihnen wurden Bürgerrechte aberkannt und die Basis ihrer Existenz genommen. Der Weg führte mit erschreckend geplanter

Präzision Schritt für Schritt von der Ausgrenzung zur Deportation, vom Vorurteil zur Gewalt oder wie es der Historiker Jacob Katz formulierte „Vom Vorurteil zur Vernichtung“. Leider stimmt die Erkenntnis einer Rabbinerin: „Wo ein Jude ist, ist der Antisemit nicht weit.“

Wir haben uns versammelt, weil wir keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen wollen. Ein Schlussstrich würde bedeuten, die Vergangenheit ist abgehakt und ad acta gelegt und wir hätten ein Recht, nicht mehr an den Völkermord der Nazis erinnert zu werden und nicht mehr die Leiden zu erinnern. Einen Schlussstrich ziehen heißt, Schmerz und Entsetzen, Trauer und Erniedrigung zu vergessen. Und wir dürfen auch deswegen keinen Schlussstrich ziehen, weil der Antisemitismus in unserer Gesellschaft immer noch präsent ist.

Judenfeindschaft nährte und nährt sich von der Überzeugung, Juden seien „anders“ und würden daher nicht zu „unserer Art zu leben“ passen, eigentlich gehörten sie nicht zu uns als Deutsche. Verschwörungstheorien wurden gezielt zur Diffamierung und Ausgrenzung von Juden eingesetzt bis zu der Behauptung „die Juden sind unser Unglück“, wie es seit 1927 auf der Titelseite jeder Ausgabe des NS-Hetzblatts „Der Stürmer“ zu lesen war.

Es stimmt, 2024 ist nicht 1933, aber auch heute ist Angst vor Übergriffen unter Jüdinnen und Juden in Deutschland verbreitet. Viele von ihnen haben die Erfahrung antisemitischer Diffamierungen auf öffentlichen Plätzen gemacht. Sie berichten von Pöbeleien und Attacken, verübt aus dem einzigen Grund, weil sie als Jüdinnen und Juden identifiziert wurden. Viele jüdische Männer wagen nicht mehr, in der Öffentlichkeit eine Kippa zu tragen. Jüdische Einrichtungen werden Tag und Nacht von der Polizei bewacht. Das können und dürfen wir nicht ignorieren. Beschwichtigungen, „man dürfe das alles nicht so ernst nehmen“, „es werde nichts so heiß gegessen wie gekocht“, waren in den 1930er Jahren ein fataler Irrtum und sind es auch heute.

Aber wie im Jahr 2024 gedenken, damit es nicht zu einem äußerlichen Ritual wird? Gedenken und Erinnern dürfen nicht zu einer jährlichen Pflichtübung werden. Das Erinnern nimmt das Wissen über die Geschichte der Judenfeindschaft und des Nazi-Terrors auf, führt allerdings über das Zitieren von Geschichtsdaten und Statistiken hinaus. Erinnern beinhaltet, sich das Leiden und die Verbrechen zu vergegenwärtigen, und berührt Menschen, etwa, wenn wir die Namen der ermordeten Brühlerinnen und Brühler hören und ihre Zeugnisse aus der Zeit der Nazi-Diktatur wahrnehmen.

Das Gedenken an die Opfer des Nazi-Terrors macht sensibel für Unrecht und Gewalt, für die Sprache des Hasses und für alle Bestrebungen, Menschen auszugrenzen. Antisemitismus tritt dort zutage, wo Juden als „die anderen“, die nicht zu „uns“ gehören, gesehen werden, wo Lügen über Juden verbreitet und bereitwillig aufgenommen werden, wo Personen jüdischen Glaubens in Deutschland für die Politik der israelischen Regierung in Haftung genommen, ihre Wohnungen wieder mit einem „Judenstern“ markiert und sie attackiert werden, wo offen oder hinter vorgehaltener Hand Witze über Juden erzählt werden, wo „du Jude“ als Schimpfwort und Beleidigung auf Schulhöfen, Sportplätzen und anderenorts eingesetzt wird.

Wer Erinnern ernst nimmt, glaubt nicht, dass damit vergangenes Unrecht wiedergutmacht würde. Vielmehr muss aus dem Erinnern die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung in heutiger Zeit und in heutigen Kontexten folgen. Das Bekenntnis zur unantastbaren Würde eines jeden Menschen ohne Wenn und Aber ist die Grundlage der Demokratie, es wurzelt in der Besinnung auf die Entwürdigung und Vernichtung von Millionen Menschen. Diese Grundlage der Demokratie wird heute wieder versucht auszuhöhlen. Rechte und rechtsextreme Parteien und Bewegungen grenzen auch heute Menschen aus, sprechen von „Remigration“, dem „Unwort“ des Jahres 2023, und meinen damit eine Abschiebung von Zehntausenden Zugewanderten, obwohl viele von ihnen deutsche Staatsbürger sind. Im Eintreten gegen rechte und rechtsextreme Gesinnung sind politische Institutionen gefordert, zu denen die demokratischen Parteien gehören. Aber das reicht nicht. Die Verteidigung der Demokratie und der Einsatz gegen Rassismus und Antisemitismus geht uns als gesamte Gesellschaft an. Treten wir alle – Junge und Alte – rechten Gesinnungen und Parolen entgegen! Machen wir den Mund auf, wann immer Menschen diffamiert und erniedrigt werden!

Ja, es ist bedrückend, dass die Sympathie für rechte Gesinnungen zunimmt, wie Wahlergebnisse der vergangenen Monate zeigen. Aber es gibt auch das andere. In unserer Stadt haben wir vor wenigen Wochen den „Tag der Brühler Vielfalt“ erlebt, an dem sich über 40 Vereine und Initiativen beteiligt hatten und ihr Ja zur Vielfalt zum Ausdruck gebracht. An vielen Orten, in Schulen und zahlreichen Vereinen, wird Vielfalt Tag für Tag gelebt. „Ganz gleich, woher du kommst, welche Hautfarbe und Religion du hast, welche sexuelle Orientierung du lebst – du bist willkommen, weil du ein Mensch bist.“

Ich bin beeindruckt von der großen Zahl junger Menschen, die sich auch in diesem Jahr wieder am Schweigegang beteiligen: die Pfadfinder, die wie jedes Jahr mit ihren Liedern aus der jiddischen Tradition uns einstimmen, die Schülerinnen und Schüler, die die Namen der ermordeten Brühler Jüdinnen und Juden verlesen und deren Namensschilder zum Standort der Synagoge tragen. Sie alle zeigen, dass sie sich nicht abfinden mit Antisemitismus, dass sie sich dem Rassismus entgegenstellen und dass für sie wie für alle hier Versammelten der Grundsatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ nicht ein leeres Wort ist. „Nie wieder ist heute“ – das darf nicht zu einer neuen Floskel, sondern muss Praxis werden.

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Quellen:

- *Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024, Düsseldorf 2024.*
- *Becker-Jákli, Barbara: Juden in Brühl, 1988. (Zitat Günther Bähr, S. 193)*
- *Horvilleur, Delphine: Überlegungen zur Frage des Antisemitismus, Berlin 2020.*
- *Katz, Jacob: Vom Vorurteil bis zur Vernichtung, Der Antisemitismus 1700-1933, München 1989.*